

MEDIENDIENST DER ÖSTERREICHISCHEN



ÄRZTEKAMMER

Inhaber, Herausgeber,  
Hersteller und Redaktion:  
Österreichische Ärztekammer  
Öffentlichkeitsarbeit  
A-1010 Wien, Weihburggasse 10-12  
Telefon 01/51406-3312 DW  
mail: pressestelle@aerztekammer.at

arzt presse medizin

## PRESSEKONFERENZ

Thema:

**Österreichische Ärztekammer legt „Regierungsprogramm“ für die österreichische Gesundheitsversorgung vor**

Teilnehmer:

**OMR Dr. Johannes Steinhart**

Präsident der Österreichischen Ärztekammer

**Dr. Harald Mayer**

Vizepräsident der Österreichischen Ärztekammer, Obmann der Bundeskurie angestellte Ärzte

**OMR Dr. Edgar Wutscher**

Vizepräsident der Österreichischen Ärztekammer, Obmann der Bundeskurie niedergelassene Ärzte

Zeit:

**Mittwoch, 7. August 2024, 10:00 Uhr**

Ort:

**Österreichische Ärztekammer**

Weihburggasse 10-12, 1. Stock, Saal 3  
1010 Wien

## **Gut 50 Tage vor der Nationalratswahl präsentiert die ÖÄK zentrale Forderungen und Lösungen für das österreichische Gesundheitssystem der Zukunft.**

*Am 29. September 2024 wählt Österreich einen neuen Nationalrat. Wie es danach mit der österreichischen Gesundheitsversorgung weitergeht, darüber hat sich die Österreichische Ärztekammer Gedanken gemacht und ein Regierungsprogramm mit Lösungsansätzen für aktuelle Problemstellungen sowie mit strategischen und innovativen Ideen zu Papier gebracht.*

„Wir Ärzte kennen aufgrund der täglich mehr als 500.000 Patientenkontakte in den Ordinationen und Spitälern die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten am besten. Wir wissen aus unserer tagtäglichen Arbeit, was in unserem Gesundheitssystem gut läuft, und wo Reformen angesagt sind“, eröffnete Johannes Steinhart, Präsident der Österreichischen Ärztekammer die Pressekonferenz, in der das Regierungsprogramm der ÖÄK vorgestellt wurde. „Daher ist es nur folgerichtig, dass wir uns als Österreichische Ärztekammer mit all den Erfahrungen der Ärztinnen und Ärzte in die politische Diskussion um nachhaltige und zukunftssichere Lösungen für die medizinische Versorgung einbringen. Und dass wir folglich den künftigen politisch Verantwortlichen einen Leitfaden für die Gesundheitsversorgung der Zukunft – ein „Regierungsprogramm“ der Ärzteschaft zu medizinischen Versorgungsthemen – präsentieren, den wir gerne mit ihnen gemeinsam und konstruktiv abarbeiten möchten.“ Der Österreichischen Ärztekammer gehe es dabei insbesondere darum, die Gesundheitsversorgung nicht nur auf Top-Niveau abzusichern, sondern auch weiter auszubauen.

„Auf den Punkt gebracht: Den zahlreichen negativen Entwicklungen im österreichischen Gesundheitssystem muss wirksam gegengesteuert werden. Das Thema Gesundheit gehört auf der Prioritätenliste der Politik ganz nach oben“, legte Steinhart die Marschroute fest.

### **Gesundheitskompetenz der Bevölkerung stärken**

Eine der wichtigsten Säulen einer künftigen Gesundheitsversorgung sei es, die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung zu stärken, idealer Weise bereits in möglichst frühen Lebensphasen. „Ziel sollte sein, dass die Bürgerinnen und Bürger lernen, ihre Gesundheit durch eine gesunde Lebensführung – also entsprechende Ernährung und Bewegung – sowie konsequente Maßnahmen der Vorsorge und Früherkennung in einem möglichst guten Zustand zu erhalten, und abzuschätzen, wann eine ärztliche Konsultation erforderlich ist. So können sie auch wirksam dazu beitragen, das System zu entlasten“, sagte Steinhart.

Daher schlage die Österreichische Ärztekammer vor, ein eigenes Schulfach „Gesundheitsbildung“ als verbindlichen Bestandteil in den Lehrplan von Kindern und Jugendlichen zu integrieren. „Das kann so früh wie möglich geschehen, am besten schon im Volksschulalter. Wir stehen dafür jederzeit für Gespräche mit dem Unterrichtsministerium bereit und werden gerne unsere Expertise einbringen, um das möglich zu machen“, so der ÖÄK-Präsident, der betonte, dass Prävention hilft, Krankheit und Kosten im Gesundheitssystem zu vermeiden und die Lebensqualität zu verbessern. Gesundheitskompetenz sei ein wichtiger Faktor der Prävention.

„Wenn Sie jetzt fragen, wie wir uns dieses Schulfach vorstellen, dann kann ich mit einigem Stolz festhalten, dass es bereits ein erfolgreiches Projekt als Vorbild gibt, und zwar ‚Med4School‘. Das ist eine Initiative der Ärztekammer für Wien, der Wiener Krankenversicherungsträger und ihrer Kooperationspartner, die der Gesundheitsförderung in Volksschulen dient“, schilderte Steinhart die Eckpunkte des Modells. Im Rahmen dieses Projektes, das in vielen verschiedenen Sprachen angeboten wird, lernen Schülerinnen und Schüler, wie ihr Körper funktioniert, aber auch über die Eckpfeiler des österreichischen Gesundheitssystems und wie wichtig ein funktionierendes Gesundheitswesen für unsere Gesellschaft ist. So wird auf interessante und spielerische Weise Gesundheitskompetenz vermittelt. „Das Projekt läuft jetzt seit zwei Jahren an den Wiener Schulen und erhält von allen Seiten höchstes Lob“, resümierte Steinhart: „Dieses Lob gilt zu einem großen Teil der Wiener Vizepräsidentin Naghme Kamaleyan-Schmied, die das Projekt mit viel Einsatz und riesigem

Engagement initiiert und auf den Weg gebracht hat.“ Dieser erfolgreiche Weg müsse konsequent weiter gegangen werden.

### **Stärkere Verankerung des Präventionsgedankens**

In dieselbe Richtung geht auch eine zweite innovative Idee der Ärztekammer, und zwar in die Richtung einer stärkeren Verankerung des Präventionsgedankens in allen Bereichen des Gesundheitswesens: „Wir streben eine Weiterentwicklung der e-Card zu einer digitalen Gesundheitsvorsorgekarte an. Gleichzeitig und begleitend muss ein bundesweites Gesundheitsvorsorgeprogramm mit Anreizsystemen her, individuell angepasst an alle Altersgruppen. Der medizinische Erfolg des seit Jahrzehnten bestehenden und erfolgreichen Mutter-Kind-Passes, dessen 50. Geburtstag wir heuer feiern durften, soll dafür Pate stehen. Dazu soll es eine evidenzbasierte Modernisierung der Vorsorgeuntersuchungen geben, das gilt zum Beispiel für die Brustkrebsfrüherkennung und die Darmkrebsvorsorge. Ziel ist ein Zugewinn an gesunden Lebensjahren für jede und jeden“, erklärt Steinhart. Eine derartige Erweiterung der Gesundheitskompetenz und ein Ausbau der Prävention in der Bevölkerung allein würden bereits dazu beitragen, das Gesundheitssystem zu entlasten.

### **Lenkung der Patientenströme, kein Ärzte-Bashing**

„Wenn wir es dann auch noch schaffen, dass die neue Bundesregierung die von uns schon längst geforderte verbindliche Lenkung der Patientenströme umsetzt, und wenn die neue Regierung Gesundheitsausgaben nicht länger als Kostenfaktor begreift, sondern als sinnvolle Investition in die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger, dann stünde das österreichische Gesundheitssystem auf wesentlich stabileren Füßen, als das jetzt der Fall ist“, hielt Steinhart fest. „Was aber nicht sein kann, ist, dass – wie in jüngster Vergangenheit durch Stellungnahmen einzelner politischer Vertreter geschehen – Ärztinnen und Ärzte offenen Angriffen ausgesetzt sind. Wir verwehren uns ganz entschieden dagegen, den Arztberuf als freien Beruf in Frage zu stellen und zum Beispiel darüber laut nachzudenken, Spitalsärzten zukünftig Nebenbeschäftigungen im wahlärztlichen Bereich zu verbieten oder Medizinstudenten und Jungärzten etwaige Zwangsverpflichtungen aufzuerlegen.“

Statt mit Verboten noch mehr Ärztinnen und Ärzte aus den Spitälern zu vertreiben oder überhaupt an das Ausland zu verlieren und so die Versorgung der Bevölkerung zu gefährden, müsse die Politik das solidarische Gesundheitssystem, das jahrelang als eines der besten der Welt galt, langfristig absichern und die Arbeitsbedingungen für Ärztinnen und Ärzte sowie für andere Gesundheitsberufe verbessern.

„Es muss uns Ärztinnen und Ärzten ermöglicht werden, uns auf unsere medizinischen Kernaufgaben zu konzentrieren. Das bedeutet erstens die Reduktion von Belastungen durch weitgehende Entbürokratisierung in Spitälern und Ordinationen“, so Steinhart. Zweitens seien lebensphasengerechte und flexible Arbeitszeitmodelle nötig. Also zum Beispiel das Zulassen von Teilzeit, die vermehrte Anstellungsmöglichkeit von Ärzten bei Ärzten, die parallele Beschäftigung im Spital und in der Niederlassung, und damit insgesamt eine verbesserte Balance von Beruf und Freizeit. Und drittens leistungsgerechte Gehälter und Einkommen, die auch einem internationalen Vergleich standhalten, forderte der ÖÄK-Präsident.

### **Stopp der Konzernisierung im Gesundheitswesen**

Und nicht zuletzt werde sich die Ärzteschaft auch gegen aufkommende Tendenzen einer Profit-orientierten Konzernisierung in der medizinischen Versorgung wehren. „Zahlreiche internationale Beispiele zeigen inzwischen, dass solche Trends eine Verschlechterung der Versorgung befürchten lassen und die ärztliche Freiberuflichkeit bedrohen. Ärzte müssen ihre Patienten nach ausschließlich medizinischen Kriterien behandeln können und es darf zu keinerlei kommerziell motivierten Vorgaben durch Betriebswirte und Controller kommen“, hielt Steinhart fest: „Entwicklungen wie zuletzt beim Abverkauf des wichtigsten österreichischen Gesundheitskonzerns VAMED an Investoren dürfen also nicht sein. Das muss gestoppt werden. So darf man mit Gesundheitseinrichtungen und mit den Patientinnen und Patienten nicht umgehen. Ihre Gesundheit ist kein Spekulationsobjekt. Die Österreichische Ärztekammer

wird da sicher nicht einfach dabei zusehen, sondern weiterhin für unser solidarisches Gesundheitssystem kämpfen.“

### **Verbindliche Patientenlenkung, flexible Arbeitszeitmodelle**

„Wenn wir es dann auch noch schaffen, dass die neue Bundesregierung eine verbindliche Lenkung der Patientenströme umsetzt, und damit eine langjährige Forderung der Österreichischen Ärztekammer, dann stünde das System auf viel sichereren Füßen als es jetzt der Fall ist“, betonte Steinhart.

Erst vor wenigen Wochen veranstaltete die Bundeskurie angestellte Ärzte der ÖÄK eine eigene, stark besuchte und hochkarätig besetzte Enquete zum Thema „1450 – das Heilmittel für die Spitäler?“ und somit zum Themenbereich Patientenlenkung mit allen seinen Facetten und Möglichkeiten. „Das ist eines der brennendsten Themen unserer Gesundheitsversorgung“, befindet Harald Mayer, Vizepräsident der Österreichischen Ärztekammer und Bundeskurienobmann der angestellten Ärzte. „Dass Vertreter der Politik, der Gesundheitsdienstleister, aber auch von ELGA und aus dem Pflegebereich teilgenommen haben, zeigt, dass wir diese Thematik aufgreifen und mit Lösungen für ganz Österreich unterfüttern müssen.“ Und auch in den Wochen danach hatten sich viele Stakeholder im Gesundheitssystem zu dem von der ÖÄK seit längerer Zeit propagierten Modell „digital vor ambulant vor stationär“ und zu einem Ausbau telemedizinischer Angebote bekannt.

Mayer: „Dieses Modell für die Patientenlenkung haben wir schon im Juni 2023 in unserer Resolution auf dem Ärztekammertag in Geinberg vorgestellt. Ich freue mich sehr, dass jetzt offensichtlich alle Dienstleister im Gesundheitssystem dafür an einem Strang ziehen wollen. Wir werden eine treibende Kraft dieses Prozesses darstellen und ganz genau darauf schauen, dass die Ankündigung, dass es künftig unter anderem auch Videokonsultationen über die Gesundheitshotline 1450 geben soll – und zwar in ganz Österreich - vorangetrieben und eingehalten wird. Meine Vision ist eine Patientenlenkung, die beiden Seiten sofort hilft: Zum einen dem Patienten, der zur bestmöglichen ärztlichen Betreuung gelenkt wird, und zum anderen den Spitälern, deren Ambulanzen und folglich auch unsere Ärztinnen und Ärzte durch diesen Prozess massiv entlastet werden würden.“

Gleichzeitig müsse dafür gesorgt werden, die Arbeitsbedingungen in den Spitälern massiv zu verbessern und flexible Arbeitszeitmodelle und auch Teilzeit zuzulassen, befindet der BKAÄ-Obmann: „Dienstpläne und Dienstformen müssen attraktiv sein und flexibel an die persönlichen Lebensumstände und Lebensphasen angepasst werden. Dazu gehört zum Beispiel auch, die Möglichkeit zu schaffen, Nachtdienste in bestimmten Lebensphasen reduzieren zu können. Ein Wiedereinstieg nach Karenz und die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben müssen gefördert werden – insbesondere durch flächendeckende Kinderbetreuungsmöglichkeiten in den Spitälern. Wenn wir den Ärztinnen und Ärzten nicht entgegenkommen bei der Arbeitszeit, das gilt insbesondere für die ganz jungen und die älteren Kollegen, dann wird es weiterhin dazu kommen, dass sie uns davonlaufen.“

Auch Mayer unterstrich abschließend die Bedeutung der Verbesserung der Gesundheitskompetenz der Bevölkerung und der persönlichen Verantwortung für die eigene Gesundheit als wichtigen Faktor für die Gesundheitsversorgung in Österreich: „Mit dem eigenen Auto fährt jeder in den vorgeschriebenen, regelmäßigen Abständen zum Service oder lässt das Pickerl machen – aber für die eigene Gesundheit ist kaum jemand dazu bereit. Ich denke, dass wir mit einem Bonussystem und mehr Angeboten zur persönlichen Prävention massiv für die Entlastung der Spitalsambulanzen sorgen könnten. Je besser der Einzelne seine gesundheitliche Situation realistisch selbst einschätzen kann, umso weniger werden die Menschen sofort im ersten Impuls in die Krankenhäuser laufen.“

## **Stärkung des niedergelassenen Bereichs**

Die aktuell bestehenden Lücken mit fast 300 offenen Kassenstellen müssten geschlossen und damit die Wartezeiten auf Termine deutlich reduziert werden, betont wiederum Edgar Wutscher, ÖÄK-Vizepräsident und Bundeskurienobmann der niedergelassenen Ärzte. „Wir haben erst kürzlich unseren 7-Punkte-Plan für die nachhaltige Stärkung des niedergelassenen Bereichs präsentiert – wir brauchen unter anderem eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Ordinationen. Die Kassenverträge müssen flexibler gestaltet werden. Es ist dringend notwendig, sich nach dem Bedarf zu orientieren. Das bedeutet, dass es allemal besser ist eine Kassenstelle mit eingeschränkten Ordinationszeiten zu besetzen, als diese unbesetzt zu lassen“, sagt Wutscher.

Die Zukunft liege auch in einer Erweiterung der Zuwendungsmedizin. „Darunter ist vor allem der Ausbau der Gesprächsmedizin vor der technisierten Medizin zu verstehen. Es macht keinen Sinn, in diesem Bereich weiterhin Limitierungen und Deckelungen weiter bestehen zu lassen, generell lehnen wir Deckelungen und Degressionen als leistungsfeindlich und realitätsfremd ab – warum soll denn der 101. Patient anders behandelt werden als der 21.?“, fragt sich Wutscher.

## **ÖGK in der Pflicht**

Dringend nötig sei auch der einheitliche Leistungskatalog, den die Politik gefordert hat. „Dies ist sehr sinnvoll und enthält bereits moderne medizinische Leistungen, aber auch hier eine deutliche Betonung der Gesprächsmedizin und Berücksichtigung der Telemedizin. Und ich erinnere nochmals daran, dass wir diesen Leistungskatalog schon seit über drei Jahren fertig haben und der ÖGK vor Jahren präsentiert haben – ohne seriöse Reaktion der Kasse“, kritisiert Wutscher: „Ich möchte also hier den ÖGK-Obmann Huss auch in die Pflicht nehmen, endlich in seriöse Gespräche einzutreten, statt leere Worthülsen von sich zu geben.“ Zudem könne der einheitliche Leistungskatalog nicht mit der Einführung eines leistungshemmenden Pauschalierungssystems einhergehen. „Die Pauschalierung bedeutet eine Verschlechterung der Patientenversorgung. Wir können nicht alle Patientinnen und Patienten über einen Kamm scheren“, sagt Wutscher.

## **Verdoppelung der Vorsorgeuntersuchungen**

„Ein wesentlicher Punkt in der zukünftigen Gesundheitspolitik ist die Abkehr von der Reparaturmedizin zur Vorsorgemedizin. Auch hier haben wir schon konkrete Pläne der Sozialversicherung und der Politik vorgestellt“, erinnert Wutscher. Schon bisher hat die BKNÄ immer wieder gefordert, die Lücken in der Vorsorge bei den Jugendlichen zu schließen und den Mutter-Kind-Pass auszubauen. „Unser neues Modell des lebenslangen Gesundheitspasses ist die logische Weiterentwicklung des Erfolgsmodells Mutter-Kind-Pass: Er erhält alle Vorsorgeuntersuchungen und alle Impfungen für die jeweiligen Lebensabschnitte und wir knüpfen daran auch hohe Ziele“, sagt Wutscher, der die Koloskopie als Beispiel nennt: „Die Darmkrebs-Vorsorge ist ein Paradebeispiel, wie viel man mit Prävention erreichen könnte.“ 5.000 Menschen erkranken in Österreich jährlich an Darmkrebs, 3.000 davon sterben an der Erkrankung, die damit eine der häufigsten und gefährlichsten Krebserkrankungen ist. Gleichzeitig gibt es in 90 Prozent aller Fälle Vorstufen in Form von gutartigen Polypen, die man bei der Koloskopie gut erkennen könne. Durch Entfernen dieser Polypen lassen sich 90 Prozent der Erkrankungen verhindern, verweist Wutscher auf die aktuellen Informationen der Österreichischen Krebshilfe. „Leider nehmen aber nur 10 Prozent der Versicherten die Vorsorge-Koloskopie wahr – wir setzen uns mit dem Gesundheitspass das Ziel, diese Quote schon in den ersten Jahren zu verdoppeln“, erklärt Wutscher.

Auch bei anderen Vorsorgeuntersuchungen gebe es noch viel Luft nach oben. „Aktuell werden österreichweit über 1,1 Millionen Vorsorgeuntersuchungen durchgeführt – warum soll nicht auch insgesamt eine Verdoppelung möglich sein?“, so Wutscher. Damit könnte nicht nur eine

Erhöhung der gesunden Lebensjahre erreicht werden, sondern gleichzeitig auch eine Entlastung des Gesundheitssystems, weil kostspielige Behandlungen reduziert werden könnten. „Für alle Beteiligten wäre das ein großer Gewinn. Daher kann der lebensbegleitende Gesundheitspass ein ebenso großer Erfolg wie der Mutter-Kind-Pass werden, er wäre eine Maßnahme mit Weitblick, von der auch künftige Generationen in hohem Ausmaß profitieren würden. So sieht aus unserer Sicht verantwortungsvolle Politik im Sinne der Menschen in diesem Land aus“, sagt Wutscher.

### **Absicherung des Gesundheitssystems**

„Wenn wir die bei unserem heutigen Pressegespräch vorgestellten Innovationen und Verbesserungen umsetzen könnten, wären wir bei der Absicherung unseres Gesundheitssystems schon einen großen Schritt weiter“, resümierte Steinhart: „Sowohl zum Wohle der Patientinnen und Patienten, als auch im Sinne attraktiverer Arbeitsbedingungen für unsere Ärztinnen und Ärzte. Unsere konkreten Pläne, nämlich dieses nun vorliegende Regierungsprogramm, werden wir den politisch Verantwortlichen zur Verfügung stellen. Wir stehen für eine konstruktive Zusammenarbeit, die diese Ziele verfolgt, jederzeit sehr gerne zur Verfügung.“

*Das ÖÄK-Regierungsprogramm wird in einer Woche, am 16. August 2024, auch in einer Sondernummer der Österreichischen Ärztezeitung (ÖÄZ) einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht und ist dann auch online verfügbar.*